

Bewegen, was uns bewegt



++ NEWS ++

Es reicht! Wir wollen mitbestimmen – es geht auch um unsere Zukunft

Rentenerhöhung

Auch, wenn im Juli 2025 wieder eine Rentenerhöhung folgen soll: Die Realität ist, dass rund die Hälfte der deutschen Rentner nicht mal annähernd so viel bekommt wie der Durchschnitt. Laut DRV muss rund die Hälfte mit 900 Euro oder weniger für Jahrzehnte geleistete Arbeit auskommen. Weil nicht jeder auf die gleiche Zahl Beitragsjahre kommt und die Tätigkeit unterschiedlich angerechnet wird, sieht das wahre Gefälle sehr viel größer aus.

Im Jahr 2023 hat die gesetzliche Rente laut Bundesregierung aus Altersgründen bei durchschnittlich 1099 Euro im Monat gelegen – Männer erhielten 1346 Euro, Frauen: 903 Euro. Die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente lag bei 972 Euro (Männer: 963 Euro; Frauen: 979 Euro). 3,5 Millionen Menschen über 65 gelten dem Statistischen Bundesamt zufolge sogar als armutsgefährdet. Mit den Verhandlungen zwischen CDU und SPD könnte es nun jedoch positive Änderungen bei der Rente geben.

Zum einen soll der jährliche Betrag für den Zuverdienst massiv erhöht werden. Bisher konnten Rentner 6672 Euro steuerfrei hinzu erwirtschaften, ohne dass die Rente gekürzt wird. Seit 2023 gibt es die Hinzuverdienstgrenze für Frührentner ohnehin nicht mehr. Wegen des Fachkräftemangels wird jeder noch tätige Arbeitnehmer begrüßt.

Ein Renteneintritt ohne Abschläge nach 45 Beitragsjahren soll aber weiterhin möglich sein.

Vor allem Rentnerinnen armutsgefährdet: Neuer Ansatz bei Mütterrente

In der Rente zeigt sich der Einnahmeunterschied zwischen Frauen und Männern noch deutlicher als im aktuellen Berufsleben. Wie der Schnitt aus 2023 zeigt, liegt zwischen den Geschlechtern eine Lücke von bis zu 500 Euro. Jede fünfte Rentnerin bekommt laut DRV sogar nur 450 Euro oder weniger monatliche Rente zum Auskommen. Bedenklich: Weil die Altersarmut gestiegen ist, arbeiten Millionen Menschen im Rentenalter weiter.

Das liegt unter anderem an geringeren Beitragsjahren und -punkten, die Frauen wegen Kindererziehung und Teilzeitbeschäftigung haben. Aber auch hier soll angesetzt werden: Die „Mütterrente“ soll die Anerkennung von Kindererziehungsjahren zur Rente ausweiten. Derzeit werden für Kinder, die 1992 oder später geboren sind, bis zu drei Jahre angerechnet

*

Achtung!



Landesweite Streiks gegen Rentenkürzungen in Belgien.



www.partei-der-rentner.de